

## Intern

Nr. 28/2007 vom 20. Dezember 2007

# Zeit(ungs)geschehen 2007

Der Bundesgerichtshof erklärt heimliche Online-Durchsuchungen für unzulässig. Der Bundestag beschließt Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung und Telekommunikationsüberwachung. Das Bundesverfassungsgericht verurteilt die Razzia bei der Zeitschrift „Cicero“ als Eingriff in die Pressefreiheit. Wegen angeblichen Geheimnisverrats in der Berichterstattung über den BND-Untersuchungsausschuss werden gegen 17 Journalisten an fünf Zeitungen und Zeitschriften Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die deutschen Zeitungsverleger tagen in Brüssel und Straßburg. Die Europäische Kommission verbietet Product Place-

ment und beschließt zugleich weitreichende Ausnahmen ... Die Zeitungsbranche blickt auf ein wechselvolles Jahr zurück. Die vorliegende Chronik dokumentiert, welche Ereignisse im Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2007 für den BDZV bedeutsam waren. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Mit diesem Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr 2007 möchten wir zugleich allen Lesern von „BDZV Intern“ friedliche Festtage, einen guten Rutsch und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 2008 wünschen.

Die Redaktion

16. Januar

## Karikaturenpreis der deutschen Zeitungen an Burkhard Mohr

Burkhard Mohr ist der Träger des mit 5.000 Euro dotierten Karikaturenpreises der deutschen Zeitungen, den der BDZV zum 17. Mal ausgeschrieben hat. Die Auszeichnung wird anlässlich der Ausstellung „Rückblende 2006“ in der rheinland-pfälzischen Landesvertretung in Berlin übergeben. Erfolgreich ist Mohr mit einer Karikatur für den Bonner „General-Anzeiger“. Platz zwei und 2.000 Euro gehen an Heiko Sakurai und die

„Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ in Essen, dritter Preisträger (1.000 Euro) ist Andreas Prüstel mit einer im „Neuen Deutschland“ (Berlin) erschienenen Karikatur. Den Preis für die beste politische Fotografie des Jahres 2006 erhält Andreas Rentz (Getty Images). Von Berlin aus wird die „Rückblende“ mit 50 Karikaturen und 100 Fotos auf Reisen nach Hamburg, Bonn, Brüssel, Leipzig, Trier und Mainz gehen.

## 22. Januar

### Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung gefährden Quellenschutz

Der BDZV kritisiert Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung, die Teil des Gesetzentwurfs zur Neuregelung der Kommunikationsüberwachung sind. Sollte der Entwurf Gesetz werden, würde der Schutz journalistischer Quellen gefährdet und damit die Pressefreiheit im Kern beschädigt, erklärt der Verband. Zwar hätten die Zeitungsverleger großes Verständnis für Maßnahmen zur Bekämpfung von Kriminalität und Terror. Doch

dürfte dies nicht zu einer Einschränkung der Pressefreiheit führen. Das geplante Gesetz soll Telekommunikationsunternehmen ab Herbst 2007 verpflichten, Daten über die Kommunikation ihrer Kunden auf Vorrat zu speichern. In einer gemeinsamen Erklärung protestieren Medienverbände, darunter auch der BDZV, gegen diese Pläne.

## 24. Januar

### BDZV beteiligt sich an „Deutschland – Land der Ideen“

Der BDZV beteiligt sich an der Initiative Deutschland – Land der Ideen GmbH. Die Zeitungen sähen sich in einer besonderen gesellschaftlichen Mitverantwortung, sagt anlässlich der konstituierenden Sitzung des Präsidiums in Berlin Karl Hans Arnold, geschäftsführender Gesellschafter der Rheinisch-Bergischen Verlagsgesellschaft in Düsseldorf. Es seien oft die Zeitungen, die das Miteinander, den Dialog der Gruppen in Gang setzten und die Veränderungen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit anschöben. Vorsitzender des Trägervereins für die Imagekampagne ist Jürgen Thumann, Präsident des Bundesverbands der

Deutschen Industrie (BDI). Neben Karl Hans Arnold als Vertreter für den BDZV sind weitere Mitglieder des Präsidiums: Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie; Frank-Walter Steinmeier, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland; Tessen von Heydebreck, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank; sowie Wulf H. Bernotat, Vorstandsvorsitzender von EON. Die Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ war 2005 im Vorfeld der Fußball-WM ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, das Deutschlandbild im In- und Ausland zu verbessern.

## 29. Januar

### Gebhard Ohnesorge 70

Gebhard Ohnesorge, langjähriger Geschäftsführer des Verbands Hessischer Zeitungsverleger (VHZV), vollendet sein 70. Lebensjahr. Ohnesorge wurde 1969 alleiniger Geschäftsführer des Landesverbands, übernahm zwei Jahre später die Geschäftsführung der fiduziarischen Stiftung „Freiheit der Presse“, die den „Wächterpreis der Tagespresse“ vergibt, und wurde 1979 alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer der Neuen Medien GmbH. Später übernahm er die alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführung

der Firma Radio/Tele FFH GmbH & Co. Betriebs-KG im Auftrag der VHZV-Mitgliedsverlage und wirkte an der Verfassung des Hessischen Privatrundfunkgesetzes (1988) ebenso mit wie am Thüringischen Privatrundfunkgesetz (1991) und der Gründung und Lizenzierung der Rundfunkgesellschaft „Antenne Thüringen“. In Ohnesorges Ägide fiel auch der Umzug des VHZV 2001 nach Bad Vilbel in das neu errichtete Funkhaus des hessischen Privatsenders Radio FFH.

## 5. Februar

### BGH erklärt heimliche Online-Durchsuchung für unzulässig

Auf Zustimmung der Zeitungsverleger trifft die Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH), wonach heimliche Online-Durchsuchungen durch

die Polizei unzulässig sind. Für die Medien bedeutet dies einen ersten Schritt hin zu einer Stärkung des Quellenschutzes und damit auch der

Pressefreiheit insgesamt, erklärt der BDZV in Berlin. Dem müssten weitere folgen. Die Zeitungsverleger appellieren an die Bundesregierung, dieses Grundrecht umfassend zu beachten, wenn sie – wie der Bundesinnenminister bereits angekündigt hat – nun eine gesetzliche Grund-

lage für die heimliche Online-Durchsuchung schaffen will. Der BGH mache, so der BDZV, mit dieser Entscheidung einmal mehr deutlich, dass er gewillt sei, den Strafverfolgungsbehörden auf die Finger zu sehen, wenn es um mögliche Einschränkungen der Grundrechte der Bürger geht.

## 6. Februar

### Spitzengespräch mit Staatsminister Neumann

Die Zeitungsverleger und Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sprechen sich gegen EU-Pläne zur Freigabe der Produktplatzierung im Fernsehen aus. Die Bestimmungen der EU-Fernsehrichtlinie zum so genannten Product-Placement sollten so wenig wie möglich liberalisiert werden. Darin sehen sich Neumann und BDZV-Präsident Helmut Heinen bei einem Gespräch in Berlin einig. Nach dem gegenwärtigen Stand der Verhandlungen in Brüssel sei sicher gestellt, dass weder die herkömmliche, noch die

elektronische Presse von dem europäischen Regelwerk erfasst werde. Deshalb werde die vom BDZV befürchtete Überregulierung der Presse vermieden und die nationalen Regelungen würden beibehalten, meint der Kulturstaatsminister. BDZV-Präsident Heinen macht hingegen die Sorge der Zeitungsverleger deutlich, dass die bisher nur für den Rundfunk geltende Regulierung von Werbeinhalten auch auf audiovisuelle Dienste im Internet ausgedehnt werden soll.

## 27. Februar

### Nach „Cicero“-Urteil: Zeitungsverleger fordern neue gesetzliche Regelung

Der BDZV begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach eine Razzia bei der Zeitschrift „Cicero“ 2005 die im Grundgesetz garantierte Pressefreiheit verletzt hat. Dies bestätige die Zeitungsverleger in ihrer von Anfang an geäußerten Überzeugung, dass die Strafverfolgungsbehörden in Potsdam zu unzulässigen Mitteln gegriffen hätten. Für die Medien bedeute das Urteil künftig besseren Schutz gegen polizeiliche Durchsuchungen. Dies sei ein weiterer Schritt zur Stärkung des Quellenschutzes und damit auch der

Pressefreiheit, erklärt der BDZV. Nach Auffassung der Zeitungsverleger kommt es jetzt darauf an, dass nicht nur die Strafverfolgungsbehörden, sondern auch der Gesetzgeber den Spruch des höchsten Gerichts unverzüglich zur Grundlage ihres Handelns machen. „Wir erwarten von der Politik, dass die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Pressefreiheit im Sinne eines besseren Quellenschutzes klarer definiert werden“, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff.

## 28. Februar

### Symposium „Kinder und Zeitung“

Kinder können heute über mehr Medien verfügen als jede Generation vor ihnen. Wer sie für das Zeitunglesen gewinnen will, sollte früh anfangen – und das funktioniert auch schon im Kindergarten. Obendrein lassen sich hier und in der Grundschule auch die Eltern einbinden, denn noch ist das Interesse an dem, was die Kinder erlernen, groß. Wer Lehrer vorab informiert, was am nächsten Tag für Kinder in der Zeitung steht, hat gute Aussichten, dass das im Unterricht vorkommt – denn was könnte aktueller sein als die Tageszeitung? Und schließlich: Jedes Thema ist

für Kinder geeignet, es gibt keine Tabus, solange gut und kindgerecht erklärt wird; Vorsicht ist jedoch bei Bildern geboten. Das sind nur einige Ergebnisse des zweiten Fachtags „Kinder und Zeitung“, den der BDZV mit der ZV Zeitungsverlag Service GmbH in Berlin veranstaltet. Kinder hätten für Zeitungen ganz neue Relevanz gewonnen, erklärt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff. Die lang gehegte Überzeugung, dass Jugendliche erst ab 14 Jahren an die Zeitung herangeführt werden könnten, greife zu kurz. Vor rund 120 Verlegern, Chefredakteuren, Journalis-

ten und Medienmanagern aus Deutschland und Österreich werden zahlreiche Best-Practice-Beispiele aus Verlagen präsentiert, etwa das Projekt „Zeitung im Kindergarten“ bei der „Frankfurter Rundschau“, die „Kinderzeitung“ des „Hellweger Anzeigers“ in Unna; die täglichen Nachrichten der „Braunschweiger Zeitung“ für Kinder mit zahlreichen Mitmach-Projekten oder die Kinder- und Jugendseite „Voll krass!“ beim „Südkurier“ in Konstanz mit zugehörigem Blog „Kalles Kuh“. Einen Blick über den Tellerrand erlauben „Deutschlandradio Kultur“ mit seiner Sendung „Kakadu“ und das Hamburger Monatsmagazin

„GEOlino“. Wissenschaftlich unterfüttert werden die verschiedenen Befunde mit Untersuchungen von BIK-Marplan Intermedia, dem finnischen Zeitungsverlegerverband und einer Umfrage des BDZV unter Chefredakteuren, wonach immerhin 70 Prozent der Zeitungen mittlerweile regelmäßig redaktionelle Angebote für Kinder machen. Zur Generalprobe wird der Fachtag für die Deutsche Presse-Agentur, die hier erstmals einem großen Publikum ihr neues Nachrichtenangebot für junge Leser und Nutzer vorstellt. Offizieller Start ist der 1. April.

## 1. März

### Hermann Balle 70

Hermann Balle, Verleger von „Straubinger Tagblatt“/„Landshuter Zeitung“ und Vorsitzender des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger (VBZV), vollendet sein 70. Lebensjahr. Balle trat 1963 in das niederbayrische Verlagshaus ein und war dort zunächst als Journalist und Verlagskaufmann tätig, seit 1980 steht er als Verleger und Herausgeber der Zeitungsgruppe an der Spitze des Unternehmens. Über die Tätigkeit für das eigene Haus hinaus engagiert er sich seit vielen Jahren auch für die

gemeinsamen Interessen der Zeitungsbranche. Seit 1995 ist der Verleger erster Vorsitzender des VBZV und gehört damit gleichzeitig dem Erweiterten Präsidium des BDZV an. Ferner war er langjähriges Mitglied im Aufsichtsrat der Deutschen Presse-Agentur. Im ZDF-Fernsehrat vertritt er die Position der Zeitungsverleger und setzt sich im Präsidium der Akademie der Bayerischen Presse für die Ausbildung des journalistischen Nachwuchses ein.

## 6. März

### Unverständlich: Gerichte entscheiden über Relevanz von Fotos

Mit Unverständnis reagiert der BDZV in Berlin auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH), wonach bei der Abbildung von Prominenten – so genannten absoluten Personen der Zeitgeschichte – künftig der Informationswert der dazu gehörenden Berichterstattung eine Rolle spielen soll. Bisher durften, wie das Bundesverfassungsgericht zuletzt 1999 klargestellt hatte, auch ohne konkreten Anlass Fotos veröffentlicht werden. Damit würden die schädlichen Folgen des vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) im Jahr 2004 gefällten und damals heftig umstrittenen „Caroline-Urteils“ deutlich sichtbar, kritisieren die Zeitungsverleger.

Künftig müssten es, folge man der Logik des Gerichts, die Journalisten der Rechtsprechung überlassen, ob ein Foto „relevant“ sei oder nicht. Auslöser der Entscheidung ist eine Klage von Prinzessin Caroline von Hannover gegen die Veröffentlichung von Fotos aus ihrem Urlaub. Nach den Worten des BGH musste wegen des Straßburger Urteils das Verhältnis zwischen Pressefreiheit und Privatsphäre in Deutschland neu austariert werden. Danach genießen künftig absolute Personen der Zeitgeschichte, über die bisher auch ohne einen konkreten Anlass berichtet werden durfte, einen stärkeren Schutz gegen ungenehmigte Fotos.

## 20. März

### Deutscher Werberat: Proteste wegen Frauenfeindlichkeit und Diskriminierung

Frauenfeindlichkeit und Diskriminierung in der Werbung sind die mit Abstand wichtigsten Ursa-

chen der Beschwerden beim Deutschen Werberat. Allein 490 der 1.116 Proteste hätten sich ge-

gen die Eigenanzeige einer Programmzeitschrift gerichtet, auf der eine Afrikanerin in Traditionskleidung und einer so genannten Lippenplatte auf dem Schoß eines hellhäutigen Geschäftsmannes zu sehen war, teilt das Gremium in Berlin mit. Durch diese Form der Darstellung würden farbige Menschen als Leibeigene diskriminiert, hieß es in den Beschwerden. Auch die beiden vom Werbeberater ausgesprochenen öffentlichen Rügen betreffen die Darstellung von Frauen. Insgesamt be-

anstandete das Selbstkontrollgremium 63 Werbemaßnahmen der Wirtschaft; in 61 Fällen stellten die Unternehmen sie daraufhin ein oder änderten sie ab. Das bedeute eine „Durchsetzungsquote“ von 97 Prozent, erklärt der Vorsitzende des Werbeberaters, Jürgen Schrader. Neben der Diskriminierung von Frauen (38 Prozent) würden vor allem Gewaltverherrlichung (elf Prozent) und Gefährdung von Kindern und Jugendlichen (acht Prozent) in Werbeaussagen kritisiert.

## 20. März

### Podiumsdiskussion: Geplante Gesetze bedrohen den Quellenschutz

„Wir wollen eine sichere Rechtsgrundlage schaffen“ für die heimliche Online-Durchsuchung, erklärt Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU Fraktion im Bundestag, im Berliner Haus der Presse. Flüchtige Beweise im Internet müssten frühzeitig gesichert werden. Das sei der „Preis, den wir zu zahlen haben“ für die Sicherheit der Bürger. „Wir haben zu wenig Rechte bei der Kriminalitätsbekämpfung“, beklagt Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamts (BKA), bei der von BDZV und news aktuell veranstalteten Podiumsdiskussion zum Thema „Staat surft mit – Journalisten unter Generalverdacht?“. Nötig sei ein Eingriffsinstrumentarium, „das es uns erlaubt, auf jeden Fall individuell zu reagieren“. „Die Informanten werden Angst haben, aufgedeckt zu werden, und sich selbst nicht mehr melden“, befürchtet dagegen Stefan Geiger, politischer Korrespondent der „Stuttgarter Zeitung“. Und

Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, warnt vor einer immer größeren Ausdehnung von „Überwachung“. Allein die Möglichkeit führe dazu, dass sich Menschen nicht mehr frei äußerten. Schaar und Geiger sind sich einig, dass „bei vielen Gesetzen, wo Antiterror drauf steht, andere Dinge mit verfolgt“ würden. Bestes Beispiel seien die Kontoabfragen durch das Finanzamt, die ursprünglich nur zur Verfolgung schwerer Vermögensdelikte gedacht waren. Aus dem Publikum hält Dieter Wiefelspütz, innenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bundestag, dagegen: „Wir werden selbstverständlich die Online-Durchsuchung machen, wir brauchen das zwingend.“ Zwar sei er sehr dafür, die gesetzliche Hürde hoch anzusetzen, gleichwohl müssten die Behörden in der Lage sein, „Sauereien im Internet“ zu bekämpfen.

## 21. März

### Joachim Sobotta 75

Joachim Sobotta, fast drei Jahrzehnte lang Chefredakteur der „Rheinischen Post“ in Düsseldorf, vollendet sein 75. Lebensjahr. Sobotta gehörte dem Gesprächskreis Chefredakteure des BDZV viele Jahre an und war Mitglied des

Kuratoriums für den Theodor-Wolff-Preis. Der Journalist ist auch selbst Träger des renommierten Journalistenpreises der deutschen Zeitung – Theodor-Wolff-Preis.

## 29./30. März

### Luxemburgs Premier Juncker beim Präsidententreffen

Die wirtschaftliche Lage der Presse, Erwartungen junger Zielgruppen an die Zeitung, Innovationen im redaktionellen Angebot und kreative Werbemöglichkeiten – Print wie Online – sowie aktuelle medienpolitische Herausforderungen stehen im Zentrum des

Treffens der Präsidien der deutschsprachigen Verlegerverbände in Luxemburg. Als Gastredner nimmt der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker Stellung zu europapolitischen Themen. Während die Zeitungsverleger in dem anschließenden Meinungsaustausch Kritik an der

Reglementierungspolitik der EU gegenüber der Presse äußern, bezieht Juncker bei den Themen Product-Placement und Werbeverbote keineswegs klar Position. Dafür wird er umso deutlicher bei anderen Fragen. Drängende

Herausforderungen seien Energiepolitik, Klimaschutz und Verbrechensbekämpfung. In diesem Zusammenhang fordert Juncker die Medien auf, die Idee eines Vereinten Europas noch besser zu transportieren.

## 17.-19. April

### BDZV in Brüssel: Lobby der freien Kommunikation

Die deutschen Zeitungsverleger erwarten von der EU-Politik künftig einen größeren Respekt vor den Belangen der Presse und mehr Sensibilität und Sachverstand im Umgang mit presserelevanten Themen. Diese Botschaft zieht sich wie ein roter Faden durch alle politischen Gespräche, die der BDZV mit EU-Kommissar Günter Verheugen, zahlreichen Abgeordneten aller Fraktionen des Europäischen Parlaments sowie Generaldirektor Claus Sørensen von der Generaldirektion Kommunikation bei der EU-Kommission führt. Die Zeitungsverleger tagen erstmals in Brüssel und veranstalten hier nicht nur das traditionelle jährliche Chefredakteursgespräch, sondern auch die Gremiensitzungen von Präsidium, Erweitertem Präsidium und Delegiertenversammlung. Rund 60 Verleger und 30 Chefredakteure aus ganz Deutschland nehmen teil. Valdo Lehari jun., Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerver-

bands ENPA, beklagt bei dieser Gelegenheit, dass die Zeitungsverleger von der EU als eine „unendlich belastbare“ Branche gesehen würden. Gleichzeitig genossen sie in Brüssel jedoch nicht den Stellenwert wie die scheinbar „modernere“ Internetwirtschaft oder die TV-Industrie. BDZV-Präsident Heinen warnt davor, das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Tabakwerbeverbot als Einladung zu verstehen, auch Verbote und Restriktionen bei anderen Produkten – beispielsweise alkoholischen Getränken – zu verordnen. Wer die Werbung für ein Produkt verbiete und einschränke, der verbiete stets auch ein Stück Kommunikation. Anlässlich des Brüsseler Besuchs haben die Verleger obendrein Gelegenheit, unter der kundigen Führung von Michl Ebner, Bozener Verleger und Mitglied des Europäischen Parlaments, das Parlamentsgebäude in Brüssel zu besichtigen.

## 19. April

### Ausstellung „In guter Gesellschaft. Aus dem Leben einer Zeitung“

Anlässlich der ersten Tagung des BDZV in Brüssel wird in der Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU die Ausstellung

„In guter Gesellschaft. Aus dem Leben einer Zeitung“ eröffnet. Sie ist im Herbst 2007 in Berlin zu sehen und soll danach auf Reisen gehen.

## 25. April

### Ausgezeichnet! Wolfgang Büscher liest im Haus der Presse

„Ausgezeichnet! Journalisten lesen und erzählen“ heißt eine neue Veranstaltungsreihe, die der BDZV in loser Folge im Berliner Haus der Presse anbietet. Hier lesen Träger des Journalistenpreises der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-

Preis, die auch als Buchautoren hervorgetreten sind, vor geladenem Publikum aus ihren Werken. Den Anfang macht Wolfgang Büscher (Preisträger 2002) mit „Berlin – Moskau. Eine Reise zu Fuß“.

## 27. April

### Bundeskanzlerin beim BDZV-Empfang für Alfred Neven DuMont

Vor einer um sich greifenden Gedankenlosigkeit in Teilen der Politik und in Behörden, wenn

es darum gehe, die Strafverfolgungsinteressen des Staates und den Bestand der Pressefreiheit

gegeneinander abzuwägen, warnt BDZV-Präsident Helmut Heinen. Die Presse fordere keine sachfremden Privilegien und schon gar keine rechtsfreien Räume, versichert Heinen anlässlich des Geburtstagsempfangs des BDZV für den Kölner Verleger Professor Alfred Neven DuMont, zugleich Ehrenmitglied im Präsidium. Kernaufgabe der Redaktionen sei es jedoch, die Arbeit staatlicher wie nichtstaatlicher Institutionen zu kontrollieren und eventuelles Fehlverhalten aufzudecken. „Wer das Vertrauen unserer Informanten in die Verschwiegenheit unserer Mitarbeiter gefährdet, zerstört unsere Arbeitsgrundlage“, warnt der BDZV-Präsident. Bundeskanzlerin Angela Merkel würdigt den Jubilar als eine der bedeutendsten

Persönlichkeiten der deutschen Medienlandschaft. Neven DuMont habe sich in seinen Blättern stets für Liberalität, Unabhängigkeit und Sprachkultur eingesetzt. Er sei ein „politischer Verleger“, der mit seiner Meinung nicht hinter den Berg halte. Alfred Neven DuMont seinerseits nutzt die Gelegenheit und geht wie zuvor schon Heinen auf das Thema Pressefusionskontrolle ein. Er fordert ein neues Kartellrecht, um die Fusion von Zeitungen zu erleichtern. Alfred Neven DuMont, Ehrenmitglied des BDZV-Präsidiums und Herausgeber der Zeitungen „Kölner Stadt-Anzeiger“, „Express“, „Mitteldeutsche Zeitung“, Halle, und „Frankfurter Rundschau“, hatte am 29. März 2007 sein 80. Lebensjahr vollendet.

### 3. Mai

#### Internationaler Tag der Pressefreiheit

Der BDZV wirft Politikern und Behörden angesichts der geplanten Sicherheitsgesetze einen leichtfertigen Umgang mit der Pressefreiheit vor. Deutschland gehöre weltweit zu den „erschreckend wenigen“ Ländern mit Pressefreiheit. Es sei zwar notwendig, den Terrorismus zu bekämpfen, gleichwohl brauche die Presse „verlässliche Rahmenbedingungen“, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen in einem Interview mit der

Deutschen Presse-Agentur zum Internationalen Tag der Pressefreiheit. Als eine weitere Gefährdung der Pressefreiheit benennt Heinen die von der EU-Kommission geplante Erlaubnis von Produktplatzierung im Fernsehen. Die Grenze von Werbung und redaktionellem Inhalt drohe dabei zu verschwinden. Bei den Zeitungen gebe es eine klare Trennung, betont der BDZV-Präsident.

### 8./9. Mai

#### Medientreffpunkt Mitteldeutschland: Qualität, Glaubwürdigkeit, Professionalität

Qualität, Glaubwürdigkeit, Professionalität – diese Begriffe ziehen sich wie Wegmarken durch die vom BDZV mit veranstalteten Expertenrunden beim Medientreffpunkt Mitteldeutschland in Leipzig. BDZV-Präsident Heinen hebt die Stärken der Zeitung im Leser- und Anzeigenmarkt hervor, ohne dabei zu verhehlen, dass jüngere Zielgruppen zunehmend schwieriger mit der gedruckten Zeitung erreicht werden könnten. Umso wichtiger seien die vielfältigen Online-Aktivitäten der Verlage. Probleme bereite die zunehmende „Gratis-Mentalität“ bei den Medienkonsumenten. Wie nie zuvor seien die Zeitungen deshalb gefordert, ihren Lesern höchste Qualität zu bieten. Dem pflichtet auch Jens Berendsen, Geschäftsführer der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (Hamburg), bei. Jeder Qualitätsverlust müsse vermieden werden; deshalb müssten vor allem die Redaktionen gut ausgestattet sein. Der Geschäftsführer des Süddeutschen Verlags

(München), Klaus Josef Lutz, stellt fest: „Wir sind bewusst teuer. Geiz-ist-geil-Mentalität gibt es bei uns nicht.“ Wie mutige Investitionen und Kreativität zu neuen Umsätzen führen, dokumentiert der Geschäftsführer des Zeit-Verlags (Hamburg), Rainer Esser. Dass Print auch bei der Axel Springer AG die „stabile Größe“ bleibe, bestätigt der Geschäftsführer der Zeitungsgruppe Welt/Berliner Morgenpost, Ulrich Lingnau. Gleichwohl liege der langfristige Erfolg in einer Kombinationsstrategie von Print, Online und Mobil mit der klaren strategischen Ausrichtung „online first!“.

Aufbruchstimmung macht sich in der Podiumsrunde „Online – Wer wird Leitmedium?“ breit. Alle am Podium Versammelten sind sich einig, dass online die gleichen journalistischen Qualitätskriterien gelten müssen wie bei den gedruckten Stammmarken. Auch die Trennung von Werbung und redaktionellem Inhalt dürfe

nicht aufgeweicht werden. Es diskutieren: Hans-Jürgen Jakobs (sueddeutsche.de), Mathias Müller von Blumencron (Spiegel-Online), Holger

Herzberg (lvz-online.de) und Jörg Sadrozinski (tagesschau.de).

## 15. Mai

### Jury entscheidet über Theodor-Wolff-Preis

Für hervorragende journalistische Leistungen in der politischen Tages- und Wochenpresse werden in Berlin sechs Journalisten mit dem Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet. Die mit 6.000 Euro dotierte Würdigung in der Kategorie „Allgemeines“ erhalten Sebastian Glubrecht („Süddeutsche Zeitung“, München) und Astrid Geisler („taz – die tageszeitung“, Berlin). Die ebenfalls mit 6.000 Euro dotierte Auszeichnung in der Kategorie

„Leitartikel/Kommentar/Essay“ geht an Nikolaus Blome („Die Welt“, Berlin). In der Kategorie „Lokales“ erhalten den Preis Christoph Wöhrle („Berliner Morgenpost“) und Marlon Gego („Aachener Zeitung“/„Aachener Nachrichten“). Die Würdigung für das Lebenswerk erhält Sibylle Krause-Burger („Stuttgarter Zeitung“ und andere). Die Preise werden bei einem Festakt am 5. September 2007 in Berlin überreicht.

## 25. Mai

### EU-Fernsehrichtlinie: Medienpolitischer Sündenfall!

Der BDZV fordert eine gesetzliche Regelung, wonach Product-Placement in Deutschland auch künftig verboten bleiben soll. Nach der Verabschiedung der neuen EU-Fernsehrichtlinie seien jetzt die Bundesländer gefordert, den „medienpolitischen Sündenfall“, nämlich die Vermischung von Werbung und redaktionellen Inhalten, zu verhindern. Nur so könnten Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit in Deutschland gewährleistet

bleiben, machen die Zeitungsverleger deutlich. Gleichzeitig begrüßt der BDZV die in der neuen Fernsehrichtlinie verankerte Klarstellung, dass die elektronische Presse nicht in den Anwendungsbereich der Richtlinie falle. Damit werde anerkannt, dass eine Übertragung der restriktiven Rundfunkregulierung auf das Internet nicht geeignet sei, den Besonderheiten dieses neuen Medienvertriebswegs gerecht zu werden.

## 30. Mai

### Kay E. Sattelmair 70

Kay E. Sattelmair, mehr als 30 Jahre lang für die Axel Springer AG als Journalist und Manager tätig, vollendet sein 70. Lebensjahr. Über das Engagement für das eigene Unternehmen hinaus vertrat Sattelmair die Interessen der deutschen Zeitungsverleger unter anderem seit 1996 als Vorsitzender des Zeitungsverlegerverbands

Hamburg. 2002 wurde er in das Präsidium des BDZV kooptiert und von 2004 bis 2006 zum stellvertretenden Präsidenten gewählt. Seit 1995 gehört Sattelmair als Vertreter der Zeitungsverleger dem Deutschen Presserat an, davon drei Jahre lang als Sprecher.

## 7. Juni

### BDZV-Präsident spricht beim 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag

Die klassischen Medien – wie Zeitung, Zeitschrift, Buch, Fernsehen und Radio – sind in einer immer stärker individualisierten und zersplitterten Kommunikationskultur die Garanten für publizistische Qualität, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen beim 31. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Köln. „Es geht um Glaubwür-

digkeit, um Wahrhaftigkeit, um Kompetenz und um Verantwortung.“ Die Zahl der Medienangebote und auch die der Medienanbieter werde in Zukunft weiter steigen. Größer werde vor allem auch „die Zahl der journalistisch schlichtesten Angebote“. Das Gebot der Trennung von Inhalten und werblicher Kommunikation werde viele neue



Anbieter nicht interessieren, prognostiziert der BDZV-Präsident. Zur Glaubwürdigkeit gehöre jedoch, dass das Trennungsgebot von Werbung und redaktionellem Inhalt nicht angetastet werde.

„Jede Form von Schleichwerbung untergräbt das Vertrauen des Publikums in unsere Arbeit“, so Heinen.

## 12./13. Juni

### Multimedia-Konferenz: Zeitung online 2007

Mehr als 220 Teilnehmer – und damit neuen Rekord – zählt die Zeitung-online-Konferenz von BDZV und Ifra in Potsdam. Im Mittelpunkt stehen der Erfahrungsaustausch rund um Communitys, nutzergenerierte Inhalte und Web-TV. „Überdenken Sie nicht alles. Probieren Sie etwas aus“, rät Logan Molen, Vice President/ Interactive Media bei „The Bakersfield Californian“. BDZV-Vizepräsident Richard Rebmann, Verleger des „Schwarzwälder Boten“ (Oberndorf), betont: „Es ist ein existenzielles Muss, neue Kanäle für unsere Dienstleistungen und Werbung zu entwickeln.“ Für den Bereich Lokale Suche sollen die Verlage ein flächendeckendes Angebot entwickeln. Auch im Web-TV böten sich Chancen

durch ein gemeinsames Vermarktungsmodell. Ifra-Präsident Horst Pirker prognostiziert, dass im „Multiplattform-Unternehmen Verlag“ das Papier womöglich noch sehr lange Zeit die wichtigste Plattform bleiben werde. Zur Einstimmung auf das veränderte Mediennutzungsverhalten im digitalen Zeitalter legt Stephan Grünwald, Geschäftsführer des rheingold Instituts für Kultur-, Markt- und Medienforschung aus Köln, „Deutschland auf die Couch“. Seinen Forschungsergebnissen zufolge hängen die Menschen heute in einem „Zustand bewegter Erstarung“ im Hamsterrad des Alltags fest und mühen sich, verschiedensten Idealen gleichzeitig gerecht zu werden.

## 14. Juni

### „Hambacher Appell“

„Es gehört zum Selbstverständnis der Journalistinnen und Journalisten, Verlegerinnen und Verleger in Deutschland, dass sie die Pressefreiheit mutig wahrnehmen. Wann immer es das öffentliche Informationsinteresse erfordert, sollten dabei alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden.“ So lautet die Kernaussage des „Hambacher Appells“, den BDZV-Präsident Helmut Heinen und der Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-

Verbands, Michael Konken, auf dem Hambacher Schloss unterzeichnen. Der „Hambacher Appell“ rückt die Bedeutung der Pressefreiheit für Staat und Gesellschaft in den Mittelpunkt und stellt konkrete Forderungen auf. Dazu gehört die Wahrnehmung der Pressefreiheit durch die Medien ebenso wie die Forderung an den Gesetzgeber, den Informantenschutz zu gewährleisten.

## 15. Juni

### BDZV-Sonderpreis für crossmediale Schülerzeitungsausgabe

Durch die Vernetzung von Print und Online können Schülerzeitungen zu einem noch größeren Forum an den Schulen werden, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen anlässlich der Preisverleihung beim bundesweiten Schülerzeitungswettbewerb in Berlin. Der BDZV hat in diesem Jahr zum ersten Mal einen Sonderpreis für eine Schülerzeitung ausgelobt, die „ihre Printausgabe in herausragender Weise mit den Möglichkeiten des Internets verbindet“. Die Zeitungsverleger

wollen damit dokumentieren, sagt Heinen, dass die aktuellen Herausforderungen für die klassische Presse erst recht für Schülerzeitungen gelten. „Wer heute junge Leute erreichen will, kommt am Internet nicht vorbei.“ Gewinner des Sonderpreises ist das Oberland-Gymnasium Seiffenhennersdorf in Sachsen mit „Wooling“. Schirmherr des Schülerzeitungswettbewerbs ist der Bundespräsident.

19. Juni

## Medienforum NRW: Aufbruch in neue Zeitungswelten

Die Zeitungsverlage sehen in einer multimedialen Ausweitung ihrer Aktivitäten eine gute Chance für die digitale Zukunft. Beim internationalen Printkongress von BDZV und Zeitungsverleger Verband Nordrhein-Westfalen (ZVNRW) diskutieren Verleger und Manager im Rahmen des Medienforums NRW in Köln über den „Aufbruch in neue Zeitungswelten“. Dabei erinnert der ZVNRW-Vorsitzende Clemens Bauer an die Situation vor einigen Jahren, als etwa ein Drittel der Anzeigenerlöse wegbrach. Inzwischen hätten die Verlage diese zunächst negative Entwicklung als Chance begriffen und neue Geschäftsmodelle und Medienstrategien entwickelt. „Wir haben da Erfolg, wo wir als Medienprofis handeln“, versichert Bauer, zugleich Vorsitzender der Geschäftsführung der Mediengruppe Rheinische Post in Düsseldorf. Über die Entwicklung des reinen Zeitungsverlags Schibsted zu einem internationalen Konzern binnen zehn Jahren berichtet Robert Steen, Manager beim norwegischen Medienhaus Schibsted. Heute erwirtschaftete das Unternehmen 53 Prozent seines Gewinns mit digitalen Angeboten. Durch Konzentration auf die eigenen Stärken habe Schibsted Anzeigen- und Leserverluste der Printausgaben durch Zugewinne im Online-Bereich mehr als ausgeglichen. Für die WAZ-Gruppe (Essen) wendet sich Stephan Holthoff-Pförtner, der die Gesellschaftergruppe Funke vertritt, gegen das von einigen Verlagen propagierte Motto „online first!“, demzufolge alle Inhalte zuerst ins Netz gestellt werden. Das Motto müsse vielmehr lauten: „Journalismus first!“. Günter Thiel, der als Geschäftsführer der PIN Group AG der Deutschen Post AG Paroli bietet, appelliert gemeinsam mit Bauer an die politisch Verantwortlichen, den freien Wettbewerb im Briefmarkt endlich unter fairen Bedingungen zuzulassen. „Unsere Verlage haben tausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen, zu guten finanziellen Bedingungen, und wir werden

trotzdem von einer seltsamen Allianz aus ver.di und Postvorstand diskriminiert“, kritisieren beide. Ein interessantes neues Geschäftsfeld in der digitalen Welt wird auch der Ausbau der Suchfunktionen auf lokale Inhalte sein. Große Portale wie Google gelten hier als Vorbild, Konkurrent und potenzieller Kooperationspartner. Niels Dörje, Leiter Partnerships Google Nordeuropa, zeigt in Köln die verschiedenen Möglichkeiten auf, wie Zeitungen als Partner von Google ihre Produkte optimieren könnten.

Der ungehinderte Zugang zu neuen Geschäftsfeldern für die Zeitungsverlage ist immer wieder Thema des internationalen Printkongresses. So weist Clemens Bauer bereits in seiner Keynote darauf hin, dass die beengten Expansionsmöglichkeiten der Verlage vor allem wegen der Pressefusionskontrolle und dem Medienrecht der Länder „in krassem Gegensatz zur gigantischen Medienmacht von Unternehmen stehen, die regionalen Märkte für sich entdecken und die Inhalte der Zeitungen ausplündern“. Dagegen versichert die nordrhein-westfälische Wirtschaftsministerin Christa Thoben, dass ihr Ministerium an den Rahmenbedingungen mitwirken wolle, damit auch in Zukunft Zeitungsverlage Zugang zu neuen Geschäftsfeldern erhalten.

Beim anschließenden Zeitungspanel zum Thema „Kinder und Zeitung“ diskutieren Pädagogen und Verlagsmanager mit Lehrern und Schülern beispielhafte Zeitungsprojekte für Kinder und Jugendliche in Nordrhein-Westfalen. Am Podium: ZVNRW-Geschäftsführer Udo Becker („Zeitungs Zeit“), Harald Heuer (Leiter der WAZ-Leseförderungsprojekte ZEUS), Anke Pidun („Zeitung im Kindergarten“), Professor Dr. Günther Rager (Universität Dortmund) und Volker Stennei („Kinder-Zeitung“ beim „Hellweger Anzeiger“ in Unna).

20. Juni

## Spitzengespräch mit Arbeitsminister Franz Müntefering

Die Bundesregierung soll die Liberalisierung des Briefmarktes zum 1. Januar 2008 umsetzen und für faire Wettbewerbsbedingungen sorgen. Das fordert BDZV-Präsident Helmut Heinen in einem Gespräch mit dem Vizekanzler und Minister für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, in

Berlin. Nach Angaben der Bundesnetzagentur haben die privaten Briefdienste in Deutschland bereits 46.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, und es sei zu erwarten, dass viele weitere folgen. Heinen und der Vorsitzende der BDZV-Arbeitsgruppe Brief/Post, Karsten Böhrs, weisen darauf

hin, dass weiter investiert werde. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass der Gesetzgeber die Liberalisierung nicht mehr in Frage stelle und die

steuerliche Ungleichbehandlung ab dem Jahr 2008 abgeschafft werde.

### 3. Juli

#### Jahrespressekonferenz: Zeitungen profitieren vom Aufschwung

2006 konnten die Tageszeitungen ihre Umsätze im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozent steigern. Das Anzeigen- und Beilagensgeschäft wuchs um 1,3 Prozent, die Vertriebsumsätze stiegen um 1,1 Prozent. „Die deutschen Zeitungen profitieren vom wirtschaftlichen Aufschwung“, erklärt dazu BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff in Berlin. Für das leichte Wachstum bei den Anzeigen sei vor allem der Stellenmarkt verantwortlich. Allerdings bewege sich die Branche bei den Umsätzen weiterhin auf dem Niveau von Mitte der 90er Jahre. Als Qualitäts- und Massenmedium wie als Werbeträger habe die Zeitung unangefochten die Spitzenposition. Allerdings sei das Wettbewerbsumfeld schwieriger und komplexer geworden. Umso wichtiger sei es, so Wolff, dass die Verlage sich ungehindert und unter fairen Wettbewerbsbedingungen in neuen Geschäftsfeldern engagieren könnten. Massive Kritik äußert der BDZV in diesem Zusammenhang an der offensiven Expansion der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender, die die privaten Medienunternehmen stark behindere. Mit dem Auftrag zur Grundversorgung und Vielfaltsicherung seien die Aktivitäten von ARD und ZDF nicht mehr zu vereinbaren. Es grenze an eine Enteignung der Verlage, wenn ARD und ZDF – ausgestattet mit Gebühren – jetzt im Netz Online-Zeitungen produzierten. Hinzu komme

der ebenfalls gebührenfinanzierte Betrieb von Partnerbörsen und Computerspielen.

Besorgt äußert sich der BDZV über ein zu wenig ausgeprägtes Verständnis für das hohe Gut der Pressefreiheit beim Gesetzgeber. Die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Telekommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung seien für die Presse inakzeptabel.

Als beachtliches Ergebnis würdigt der Verband den Erfolg der Zeitungsverlage im Geschäftsfeld Briefzustellung. Einen weiteren Schub erwarteten die privaten Postdienste von der vollständigen Liberalisierung des Marktes. Dann müsse endlich auch das Steuerprivileg der Deutschen Post AG fallen. Es sei ein verzerrter Wettbewerb, wenn der Monopolist DP AG mit einem Marktanteil von 90 Prozent keine Umsatzsteuer zahlen müsse, während alle übrigen neuen Marktakteure die üblichen 19 Prozent an den Fiskus abführten, betont der BDZV.

Positiv ist auch die Entwicklung der Online-Angebote der Zeitungen. Sie erreichen mittlerweile 34 Prozent der deutschen Internetnutzer und stellen mit Abstand das größte und umfangreichste Nachrichtenangebot im Netz. Dabei bildeten die Regionalzeitungen mit einer Reichweite von 19 Prozent und 6,8 Millionen Nutzern eine wichtige Säule. Auch am dynamisch wachsenden Online-Werbemarkt seien die Zeitungen überproportional beteiligt, teilt der BDZV mit.

### 4. Juli

#### Sommerfest im Haus der Presse

Rund 250 Gäste aus Verlagen, Politik, Wirtschaft und Kultur kann der BDZV beim Sommerfest der Zeitungsverleger begrüßen. Im eigens auf dem Bürgersteig hochgezogenen Zelt und am Zeitungsstrand auf der Dachterrasse trotzen die Besucher bei Live-Jazz, Kölsch und Cocktails dem drohenden Regen. Angesichts der zahlrei-

chen Vertreter von Politik und öffentlich-rechtlichem Rundfunk ergreift BDZV-Präsident Heinen in seiner launigen Begrüßungsansprache die Gelegenheit, die aktuellen medienpolitischen Themen der Branche – und hier insbesondere die Digitalisierungspläne von ARD und ZDF – zu streifen.

## 5. Juli

### Verleger begrüßen Umdenken bei Kopierabgabe

Der BDZV und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger begrüßen, dass die bisher geplante Deckelung der Urheberrechtsabgaben bei Kopiergeräten und Speichermedien auf fünf Prozent des Gerätepreises im Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft wieder gestrichen wird. Hierfür hatte sich ein breites Bündnis von Urhebern sowie den Verbänden der Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchverlage gegen den massiven Widerstand

der Geräteindustrie eingesetzt. In dem heute vom Deutschen Bundestag verabschiedeten Gesetz wird ferner die Regelung abgeschafft, dass zukünftige Nutzungen, die bei Vertragsabschluss zwischen Verlag und Autor nicht bekannt waren, auch nicht erlaubt werden dürfen. BDZV und VDZ bezeichnen die Gesetzesnovellierung in diesem Punkt als „echten Fortschritt“.

## 9. Juli

### EU-Projekt bietet Chance für Mehrwertsteuer-Nullsatz

Die Zeitungsverleger erwarten von der Bundesregierung, dass diese sich gegenüber der Europäischen Union dafür einsetzt, den reduzierten Mehrwertsteuersatz für Zeitungen (sieben Prozent) abzusenken. Noch konsequenter sei es, die Mehrwertsteuer für Zeitungen auf einen Nullsatz zurückzufahren, heißt es in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Grundsätzlich sei nicht nachvollziehbar, warum Zeitungsinhalte, die in nicht ersetzbarer Weise der

politischen Meinung- und Willensbildung dienen, überhaupt besteuert würden. Anlass des Schreibens der Verleger ist das Vorhaben der EU-Kommission, die Mehrwertsteuersätze der einzelnen Mitgliedsstaaten neu zu ordnen und einen stark reduzierten Satz für Produkte und Services des so genannten Grundbedarfs einzuführen. In diesem Bereich müsse auch die Zeitung verankert werden, fordert der BDZV.

## 1. August

### Leichtes Reichweiten-Plus bei jungen Zielgruppen

Die tägliche Zeitungslektüre ist für drei von vier Deutschen unverzichtbar: Trotz zunehmender Konkurrenz durch elektronische Medien erweist sich die Medialeistung der Tageszeitungen bei einem marginalen Rückgang der Reichweiten als stabil. Dies belegt die Media-Analyse 2007 zur Mediennutzung der über-14-Jährigen. Danach erreichen die Tageszeitungen täglich insgesamt 73,2 Prozent der Bevölkerung. Sie bleiben damit

für 47,5 Millionen Leser fester Bestandteil der Mediennutzung. Regionale Abonnementzeitungen erzielen eine Reichweite von 61,6 Prozent, überregionale Zeitungen 5,7 Prozent, Kaufzeitungen 21 Prozent. Besonders erfreulich: Ein leichtes Plus wird sowohl in der Altersgruppe von 14 bis 19 Jahren als auch bei den 20- bis 29-Jährigen erzielt.

## 7. August

### BDZV: Ermittlungsverfahren sind Dreistigkeit

Mit Empörung reagieren die Zeitungsverleger auf Ermittlungsverfahren, die Staatsanwaltschaften in Berlin, München, Hamburg und Frankfurt am Main gegen 17 Journalisten von acht Zeitungen und Zeitschriften angestrengt haben. Der Vorwurf, dass die Journalisten mit Zitaten aus vertraulichen und geheimen Akten des BND-Un-

tersuchungsausschusses des Bundestags Beihilfe zum Geheimnisverrat geleistet hätten, sei purer Vorwand, kritisiert BDZV-Präsident Helmut Heinen. Er diene vermutlich nur zur Rechtfertigung von Durchsuchungs- und Beschlagnahmeaktionen. Dies werde schon daraus ersichtlich, dass der Vorsitzende des BND-Untersuchungs-

ausschusses, Siegfried Kauder, geäußert habe, dass es irgendwo ein Leck gebe, das gestopft werden müsse. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Wolfgang Bosbach, will hingegen eine Gesetzesänderung prüfen, um

Journalisten vor Ermittlungen wegen Geheimnisverrats zu schützen. Der Bundestag müsse sich mit dieser Frage beschäftigen, sagt Bosbach, sonst gehe ein wichtiges Stück Pressefreiheit verloren.

## 8. August

### Hans Stiff 80

Hans Stiff, langjähriger Vizepräsident des BDZV, vollendet sein 80. Lebensjahr. Der gebürtige Saarländer war drei Jahrzehnte lang für die „Saarbrücker Zeitung“ tätig und wirkte hier von 1979 bis 1990 als Sprecher der Geschäftsführung. Weit über die berufliche Tätigkeit im eigenen Unternehmen hinaus engagierte Stiff sich auch für die gemeinsamen Interessen der Zeitungsbranche. So amtierte er von 1978 bis 1982

als Vorsitzender, danach als stellvertretender Vorsitzender des Verbands der Zeitungsverleger in Rheinland-Pfalz und Saarland. Dem Präsidium des BDZV gehörte er von 1982 bis 1990 als Vizepräsident an; von 1990 bis 1992 war er kooptiertes Mitglied für Fragen der Journalistenausbildung. Für seine ehrenamtliche Tätigkeit ist Hans Stiff vielfach ausgezeichnet worden.

## 21. August

### Zulässigkeit von Gratiszeitungen weiter offen

Die grundsätzliche Frage über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Gratiszeitungen in Deutschland bleibt weiter offen. Das Bundesverfassungsgericht nimmt die vom Kölner Verlag M. DuMont Schauberg eingelegte Verfassungsbeschwerde zum Erscheinen der Gratiszeitung „20 Minuten Köln“ nicht an. Der konkrete Anlass habe sich aufgrund der Einstellung der Gratiszeitung des norwegischen Schibsted-

Verlags erledigt, teilt das Gericht dazu mit. Der Bundesgerichtshof hatte vier Jahre zuvor entschieden, dass Tageszeitungen die Verbreitung kostenloser Konkurrenzblätter nicht gerichtlich verbieten lassen können und dass Gratiszeitungen mit dem Wettbewerbsrecht vereinbar sind. MDS hatte daraufhin Verfassungsbeschwerde eingelegt.

## 21. August

### Imagekampagne „Die Zeitungen. Wer liest, versteht“ wird fortgesetzt

Die Kampagne „Die Zeitungen. Wer liest, versteht.“ geht in die zweite Runde: Vorgesehen sind eine „Sommerkampagne“ mit Schwerpunkt im August/September sowie eine „Winterkampagne“ für die Monate Dezember 2007 bis Februar 2008. Die Anzeigen provozieren mit Mini-Geschichten, die nur der

Informierte für sich deuten kann. Tagesaktuelle Themen werden mit den jeweiligen redaktionellen Berichten und Fotos aufgegriffen. Dabei kommen verstärkt regionale Themen zum Zug. Die Kampagne soll vermitteln, dass Zeitunglesen Freude macht und dass die Zeitungen nicht nur über den politischen Bereich berichten.

## 30. August

### Aktivitäten von ARD und ZDF im Internet begrenzen

Vor einer weiteren Expansion der Online-Aktivitäten von ARD und ZDF warnen BDZV-Präsident Helmut Heinen und Hubert Burda, Präsident des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger, in Berlin. Schon die bestehenden Internetangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks drohten, die

Vielfalt privatwirtschaftlich organisierter Medien in Deutschland nachhaltig zu beeinträchtigen, bekräftigen beide zum Auftakt der Internationalen Funkausstellung. Die von den Sendern angekündigte Erweiterung unterlaufe die Vorgaben der EU-Kommission. BDZV und VDZ appellieren an

den deutschen Gesetzgeber, die von der EU-Kommission festgestellten Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und den „Bestand einer freien und vielfältigen Presse“ zu sichern. Die

Verlegerverbände fordern, den öffentlich-rechtlichen Auftrag neu zu definieren und eindeutig zu begrenzen sowie die für Online-Aktivitäten eingesetzten finanziellen Mittel zu deckeln.

## 5. September

### Journalistenpreis der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis an sechs Journalisten

Die Zeitungsverleger verfolgen mit Sorge die Attacken gegen die Pressefreiheit in Deutschland. Gerade in jüngster Zeit sei dieses „äußerst sensible Gut“ durch Beschlagnahmeaktionen, Durchsuchungen und Telefonüberwachungen beschädigt worden, kritisiert Hermann Neusser, Vorsitzender des Kuratoriums für den Theodor-Wolff-Preis und Verleger des Bonner „General-Anzeigers“, anlässlich der Verleihung des Journalistenpreises der deutschen Zeitungen – Theodor-Wolff-Preis in Berlin. Erst kürzlich habe es in Zusammenhang mit dem BND-Untersuchungsausschuss eine Serie von Ermittlungsverfahren gegen Journalisten gegeben, die nichts anderes getan haben, als ihrer Arbeit nachzugehen, „nämlich zu recherchieren, zu berichten und - wo immer notwendig – Missstände zu dokumentieren“. Malte von Trotha, Vorsitzender

der Geschäftsführung der dpa - Deutsche Presse-Agentur GmbH, die gemeinsam mit dem BDZV die Festveranstaltung ausrichtet, weist auf die Bedeutung von umfassender Recherche und fundierter Berichterstattung hin: „Informationen stehen heute scheinbar in beliebiger Menge und praktisch kostenlos zur Verfügung – das sagt aber nichts über ihre Qualität aus.“ Für ihre hervorragenden journalistischen Leistungen werden ausgezeichnet: Sebastian Glubrecht („Süddeutsche Zeitung“, München), Astrid Geisler („taz – die tageszeitung“, Berlin), Nikolaus Blome („Die Welt“, Berlin), Christoph Wöhrle („Berliner Morgenpost“, Berlin) und Marlon Gego („Aachener Zeitung“/„Aachener Nachrichten“). Den Preis für das Lebenswerk erhält Sibylle Krause-Burger, langjährige Kolumnistin unter anderem für die „Stuttgarter Zeitung“.

## 6. September

### Abschluss zu Mindestlöhnen ist „unwürdiger Vorgang“!

Das Präsidium des BDZV verurteilt den zwischen dem AGV Briefdienste und der Gewerkschaft ver.di ausgehandelten Abschluss zu Mindestlöhnen scharf. Dies sei ein „einmaliger und unwürdiger Vorgang“ in der Geschichte der Tarifpolitik in Deutschland, sagt BDZV-Präsident Helmut Heinen in Berlin. Die Bundesregierung sei jetzt aufgefordert, die Allgemeinverbindlichkeit der Vereinbarung abzulehnen und die durchsichtigen taktischen Manöver rund um den Mindestlohn-Tarifvertrag zu beenden. Alles andere wäre ein schwerer Affront gegen neue Wettbewerber im Postmarkt, zu denen auch viele

Zeitungsverlage zählten. „Es drängt sich der Eindruck auf, dass die gesetzlich beschlossene Liberalisierung des Postmarktes in einer unseligen Übereinstimmung von Bundesregierung, Gewerkschaften und dem ehemaligen Staatsunternehmen mit allen Mitteln verhindert werden soll“, bekräftigt Heinen. Dazu zähle auch die noch immer gültige Befreiung der Post AG von der Umsatzsteuer. Es sei ein Unding, dass ein Monopolist mit einem Marktanteil von mehr als 90 Prozent keine Umsatzsteuer zahle, während die Neulinge im Markt vom Fiskus zur Kasse gebeten würden.

## 11. September

### Gebührenurteil ist kein Freibrief für ARD und ZDF

Für die Online-Angebote von ARD und ZDF gibt es keinen Freibrief. Das erklären die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts, wonach die

Herabsetzung der von ARD und ZDF für die Jahre 2005 bis 2008 geforderten Rundfunkgebühren durch die Ministerpräsidenten wegen einer fehlerhaften Begründung

rechtswidrig war. „Das Gericht betont in der Urteilsbegründung mehrfach die notwendige Trennung zwischen der mediengesetzlichen Konkretisierung des Rundfunkauftrags und der Gebührenfestsetzung“, heißt es dazu von BDZV und Verband Deutscher Zeitschriftenverleger. Nur diese Gebührenfrage sei von medienpo-

litischen Erwägungen frei zu halten. „Damit bleiben die Ministerpräsidenten in der Pflicht, die Beschränkung der Telemedien von ARD und ZDF auf programmbegleitende Randnutzung fortzuschreiben und zusätzlich die von der Europäischen Union geforderten Begrenzungen zügig umzusetzen.“

## 12. September

### Presserat und Redaktionen bekräftigen Schleichwerbeverbot

Schleichwerbung muss aus Sicht des Deutschen Presserats tabu bleiben. Bei einer Anhörung des Gremiums mit Chefredakteuren und Verlagsverantwortlichen in Bonn sind sich alle Beteiligten einig, dass die Vermischung von Werbung und redaktionellen Inhalten dem Ansehen und den wirtschaftlichen Interessen der Presse

schadet. Den Anlass für das Treffen liefert die Zunahme von Beschwerden insbesondere aus dem Bereich des Trennungsgebots (Ziffer 7 des Pressekodex) sowie die sich wandelnden Erwartungen der Redaktionen an die Qualität der Selbstkontrolle.

## 12. September

### Studie: Bürger vertrauen besonders Lokalzeitungen

In puncto Vertrauen steht die Lokalzeitung für die Menschen in Deutschland einer Umfrage zufolge an erster Stelle. 60 Prozent der Deutschen verlassen sich vor allem auf die Inhalte ihrer heimatischen Zeitungen, teilt das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid in Bielefeld mit. Im

Vergleich der untersuchten Medien folgen der öffentlich-rechtliche Hörfunk (53 Prozent), das öffentlich-rechtliche Fernsehen (52 Prozent), Zeitschriften (35 Prozent), privater Hörfunk (31 Prozent) und privates Fernsehen (26 Prozent). Nur jeder fünfte Deutsche vertraut dem Internet.

## 17./18. September

### Zeitungskongress: Europa-Politik im Fokus

Ein „äußerst fragwürdiges Verständnis von Pressefreiheit“ moniert BDZV-Präsident Helmut Heinen bei der deutschen Regierung angesichts der jüngsten Serie von Ermittlungsverfahren gegen Journalisten wegen angeblicher Beihilfe zum Geheimnisverrat. Anlässlich der Eröffnung des Zeitungskongresses im Europa-Parlament in Straßburg sagte Heinen: „Jede Demokratie muss sich daran messen lassen, wie freizügig über die Tätigkeit staatlicher Institutionen berichtet werden kann.“. Der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, versichert, dass das Europa-Parlament, wenn es geboten scheine, seine Stimme für die Pressefreiheit erhebe. Valdo Lehari jr., Präsident des Europäischen Zeitungsverlegerverbands ENPA und Verleger des „Reutlinger General-Anzeigers“, sagt, dass Pressefreiheit immer dann am besten gedeihe, wenn sie frei von staatlichen Eingriffen gehalten werde. In der anschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Presse- und

Meinungsfreiheit – Wohin steuert (uns) Europa?“ klären die Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg, Renate Jaeger; der Vorsitzende des Lenkungsausschusses für Massenmedien und Kommunikation im Europarat, Straßburg, Matthias Traimer; sowie Ruth Hieronymi, Mitglied des Europäischen Parlaments (Ausschuss für Kultur und Erziehung), über die Zuständigkeiten ihrer jeweiligen Institutionen auf. Zustimmung findet Hieronymi für ihre Forderung, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen nationalen Verbänden und nationaler Politik und europäischen Verbänden und europäischer Politik gebraucht werde, „um zu verhindern, dass das nationale Recht der Medien im europäischen Wirtschaftsrecht aufgeht“.

Print und Telekommunikation bilden eine vielversprechende Konstellation, versichert am zweiten Kongresstag, der im Europa Park Rust stattfindet, der Vorstandsvorsitzende der Deut-

schen Telekom, René Obermann. Zwischen Zeitungsverlagen und Online-Medien gebe es zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit. Dies soll bei einem Treffen im Frühjahr 2008 noch vertieft werden, zu dem Obermann die Verleger einlädt. Der Chairman der Frankfurter Werbeagentur Ogilvy & Mather, Lothar S. Leonhard, sagt, Online-Medien und Zeitungen könnten kooperieren. Wichtig sei jedoch, dass der Inhalt der Tageszeitung nicht beliebig werde. Der Schwerpunkt der Verleger müsse auch künftig die gedruckte Zeitung sein. „In der Rolle als meinungsbildendes Medium hat die Tageszeitung ein Monopol“, versichert Leonhard. Dieses Alleinstellungsmerkmal müsse genutzt werden. Der Geschäftsführer für Strategie und Inhalte von Morris Digital Works (Augusta/Georgia, USA), Steve Yelvington, zeigt am Beispiel der Lokalzeitung „Bluffton Today“, wie ein Unternehmen mit Hilfe des Internets aus praktisch aussichtsloser Si-

uation zurück zu erheblichen Reichweiten und zu Bedeutung für den Standort fand. Jugendforscher Axel Dammler vom Institut iconkids & youth in München schließlich warnt vor „Jugend-Gettos“ in den Zeitungen. Junge Leser müssten – gedruckt oder online – im gesamten Produkt erleben, dass es für sie Relevanz habe. Dabei erläutert Dammler an zahlreichen Beispielen, wie aktuelle Ereignisse, aber auch Menschen mit Vorbildfunktion wie Musiker oder Fußballer, so in der Zeitung präsentiert werden können, dass junge Leser sich in ihren Bedürfnissen angesprochen fühlen.

Beim festlichen Abendessen im Europa Park Rust erleben die Gäste auf Einladung des „Schwarzwälder Boten“ in Oberndorf und der „Badischen Zeitung“ in Freiburg einen von Tänzern, Komikern und Artisten gestalteten Ausschnitt des Show-Programms.

## 21. September

### Gutachten: Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen Grundgesetz

Der Gesetzentwurf zur so genannten Vorratsdatenspeicherung verstößt gegen das Grundgesetz. Das ist das Ergebnis eines von der Stiftervereinigung der Presse vorgelegten Rechtsgutachtens. Anlass war der im Frühjahr 2007 vom Bundeskabinett beschlossene Gesetzentwurf zur Vorratsdatenspeicherung, wonach Telefondienstleister, Internetprovider und Anbieter von E-Mail-Adressen die persönlichen Daten ihrer Kunden sechs Monate lang speichern müssen. In diesem Zeitraum können Polizei, Staatsanwaltschaft, Bundesnachrichtendienst, Bundesverfassungsschutz und militärische Abschirmdienste auf den Datenbestand zugreifen, ohne dass ein Verdacht auf eine schwere Straftat erforderlich ist. Medienverbände und Journalistenorganisationen haben vielfach darauf hingewiesen, dass auch der gesamte Kommunikationsverkehr von Journalisten von diesen Planungen betroffen wäre und der

Quellenschutz damit künftig nicht mehr gewährleistet sei. Laut dem von der Stiftervereinigung der Presse vorgelegten Rechtsgutachten „Datenschutz und presserechtliche stellt die Speicherung von Daten auf Vorrat einen Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis dar. Besonders einschneidend sei, dass die Behörden auf die Daten aller Bürger zugreifen könnten, und zwar unabhängig davon, ob diese einer Straftat verdächtigt werden oder nicht. Ferner wird das Recht der Bürger auf informationelle Selbstbestimmung verletzt. Darüber hinaus konstatiert das Gutachten einen Verstoß gegen die grundgesetzlich geschützte Pressefreiheit und kommt zu dem Ergebnis, dass der Informantenschutz „gänzlich abgeschafft“ würde, könnten Polizei, Staatsanwaltschaft und Geheimdienste auf die Redaktionsdaten zugreifen.

## 5. Oktober

### BDZV: Mindestlohn vernichtet Arbeitsplätze bei privaten Postdienstleistern

Die deutschen Zeitungsverleger kritisieren weiterhin scharf den Entschluss der Bundesregierung, private Briefdienste in das Entsendegesetz aufzunehmen und den Mindestlohn-Tarifvertrag für verbindlich zu erklären. In zahlreichen Schreiben an die Ministerpräsidenten der Länder wie an

Bundeskanzlerin Angela Merkel warnen die Verleger vor den katastrophalen Auswirkungen dieses Vorhabens und appellieren, den Wettbewerb bei der privaten Briefdienstleistung nicht zu Gunsten der Deutschen Post zu manipulieren. BDZV-Präsident Helmut Heinen fordert, es bei



den bewährten Verhandlungslösungen zwischen Arbeitgebervertretungen und Gewerkschaften zu belassen. Mit Blick auf die geplante postfreundliche Änderung des Entsendegesetzes zur rechtlichen Absicherung des Vorhabens kritisiert Hei-

nen, dass hier Gesetze „im Schnelldurchlauf geändert werden, um den Durchmarsch des Bundesarbeitsministers zu legitimieren“. Das Monopol der Deutschen Post werde auf Jahre zu Lasten der Verbraucher zementiert.

## 10. Oktober

### Neues Online-Buchungssystem für Zeitungen

Die ZMG Zeitungs Marketing Gesellschaft und der Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) schließen einen Kooperationsvertrag zum OBS Online Booking System. Er schafft die Voraussetzungen für die Erweiterung des bestehenden Buchungssystems des VDZ für die spezifischen Belange der Zeitungsverlage und ihrer

Agenturpartner. Damit werden „die Zeitungen zur unbestrittenen Leistung auch noch einen verbesserten Service bieten“, kündigt ZMG-Geschäftsführer Markus Ruppe an. Ein zusätzlicher Vorteil für die Kunden bestehe darin, dass mit der neuen Lösung Zeitungen und Zeitschriften mit dem gleichen Standard gebucht werden könnten.

## 10. Oktober

### Verfassungsgericht: Zweifel an Online-Durchsuchung

Die deutschen Zeitungsverleger begrüßen, dass das Bundesverfassungsgericht anlässlich einer Anhörung über das nordrhein-westfälische Verfassungsgesetz deutliche Zweifel äußert. Der BDZV hatte immer wieder darauf hingewiesen, dass der heimliche Kompletzugriff auf die Computer-Festplatten der Bürger durch die Strafverfolgungsbehörden nicht durch das Grundgesetz gedeckt sei und eine schwere Bedrohung der Pressefreiheit darstelle; denn Journalisten könnten in Zukunft ihren Quellen keinen Schutz mehr

zusichern. Vor diesem Hintergrund sei es erfreulich, sagt BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff, dass das Bundesverfassungsgericht grundsätzlich über die Zulässigkeit von Online-Durchsuchungen entscheiden wolle. Das Urteil wird im Frühjahr 2008 erwartet. Die Nachfragen der Richter machten deutlich, so Wolff, dass das höchste deutsche Gericht gewillt sei, ausnahmslos jedem kritisch auf die Finger zu sehen, wenn es um mögliche Einschränkungen der Grundrechte der Bürger geht.

## 17. Oktober

### Werberat mit mehr Rügen

Unternehmen und Konsumenten sollten rücksichtsvoll miteinander umgehen. Das sagt der Vorsitzende des Deutschen Werberats, Hans-Henning Wiegmann, anlässlich der Veröffentlichung der Halbjahresbilanz seiner Organisation in Berlin. Von Januar bis Juni 2007 hätten die vom Werberat beanstandeten kommerziellen Werbekampagnen um ein Viertel auf 41 (2006: 33) zugenommen. Daraus dürfe sich kein Trend ergeben. Auch wenn der Wettbewerb auf dem deutschen Markt im Vergleich zu anderen in der

Europäischen Union besonders heftig sei, appelliert Wiegmann. Die werbende Wirtschaft müsse noch stärker in ihrer Werbung für Waren und Dienstleistungen die Gefühle von Menschen beachten. Zugleich beobachtet das Gremium aber auch einen Anstieg ungerechtfertigter Kritik aus der Bevölkerung an Werbeaktivitäten der Wirtschaft. So seien in der ersten Jahreshälfte Beschwerden zu 110 Kampagnen wegen „überzogener Vorwürfe“ zurückgewiesen worden, gut ein Drittel mehr als im Vorjahr.

## 24. Oktober

### Medienverbände appellieren: Vergabekriterien für Presseausweis beibehalten

Der BDZV appelliert an die Innenminister von Bund und Ländern, die Kriterien für die Vergabe von Presseausweisen in keiner Weise aufzuweichen und die Zahl der ausstellungsberechtigten Verbände nicht beliebig zu vergrößern. Anderenfalls werde die freie, ungehinderte und kritische Berichterstattung durch professionell arbeitende Journalisten deutlich erschwert. Die Innenministerkonferenz (IMK) hatte im Frühjahr 2006 beschlossen, den Kreis der Verbände, die den bun-

deseinheitlichen Presseausweis ausstellen dürfen, zu erweitern. Hingegen warnen die Zeitungsverleger, wie auch Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, Deutscher Journalisten-Verband und dju in ver.di vor einer „Inflation von Presseausweisen“, da die Mehrzahl der ausstellungswilligen Verbände überhaupt nicht in der Lage sei, die hauptberufliche journalistische Tätigkeit zu überprüfen.

## 29. Oktober

### Studie: Gedruckte Zeitungen bleiben unverzichtbar

Für eine deutliche Mehrheit der Deutschen (78 Prozent) ist die gedruckte Tageszeitung auch in Zukunft unverzichtbar. Gleiches gilt für Zeitschriften im Papierformat, die 75 Prozent der Bundesbürger weiterhin als Druckerzeugnis nutzen wollen. Das ist das Ergebnis einer Umfrage, die die TNS Emnid Medienforschung in Bielefeld veröffentlicht. Ferner sind 81 Prozent der Bevöl-

kerung der Meinung, dass die klassischen Printmedien ihre Bedeutung gerade für Hintergrundinformationen und tiefer gehende Analysen behalten werden. Knapp die Hälfte der Befragten gibt sogar an, dass die Bedeutung von Zeitungen und Zeitschriften wieder wachsen werde, wenn der aktuelle Internet-Boom abgeklungen sei.

## 5. November

### Heinen: Spielräume für ARD und ZDF im Internet eng begrenzt

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger fordert die öffentlich-rechtlichen Sender zur Selbstbegrenzung beim Ausbau von Informationskanälen und Online-Angeboten auf. Anderenfalls drohe Deutschland wieder ein Verfahren vor der EU-Kommission, warnt Oettinger, zugleich medienpolitischer Sprecher der CDU, bei einer Medienkonferenz der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. BDZV-Präsident Helmut Heinen erklärt, die Spielräume für die mit Gebühren finanzierten Aktivitäten von ARD und ZDF im Internet seien sehr eng und müssten allein der Programmbegleitung dienen. Dagegen erklären der Vorsitzende der ARD, Fritz Raff, und

ZDF-Intendant Markus Schächter, ihre Sender wollten an den Digitalangeboten festhalten und sie weiter ausbauen. „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk lässt sich nicht verbieten, im Online-Bereich stattzufinden“, erklärt etwa Raff und warnt davor, „den öffentlich-rechtlichen Rundfunk von den nachwachsenden Generationen abzuschneiden“. BDZV-Präsident Heinen hingegen kritisiert, dass vor allem das Format „tageschau.de“ Stück für Stück zu einer „öffentlich-rechtlichen elektronischen Gratiszeitung“ werde und zu einer Schiefelage im Wettbewerb führe. Auch sei das Internet aus seiner Sicht kein Feld für die „Grundversorgung“.

## 6. November

### ENPA kritisiert EU-Rahmenbeschluss zur Terrorismusbekämpfung

Die europäischen Zeitungsverleger sprechen sich gegen eine Beschneidung der Pressefreiheit

im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Terrorismus aus. Eine entsprechende Erklärung

wird anlässlich der Jahresversammlung des europäischen Zeitungsverlegerverbandes ENPA in Zürich verabschiedet. Die Verleger aus 26 europäischen Ländern kündigen an, sich „gegen jegliche Eingriffe gegenüber Journalisten und Medienvertretern bei der Ausübung ihrer Arbeit“ zur Wehr zu setzen. ENPA-Präsident Valdo Lehari jr.

wendet sich auch gegen die zunehmenden Werbebeschränkungen in Europa. Zusätzliche Beschränkungen wie etwa bei der Automobilwerbung seien „eine eklatante Verletzung des verfassungsmäßigen Schutzes der kommerziellen Kommunikation

## 8. November

### Medientage München mit Printgipfel: Angebot im Netz optimieren

Die deutschen Zeitungsverleger sind, wenn es um die Herausforderungen des Internets und der fortschreitenden Digitalisierung geht, mutig und sogar hochinnovativ, versichert Bodo Hombach, Geschäftsführer der Mediengruppe WAZ (Essen) beim Printgipfel in München. „Wir experimentieren doch mit Formen, Inhalten, Größe, dem Preis wie nie in unserer Geschichte.“ Klar sind die Verleger mutig, bestätigt auch BDZV-Präsident Helmut Heinen. Das traditionelle konservative Bild treffe nicht zu. Allerdings bewegten sich die Verlage heute auf Schauplätzen, wo es viel größere, internationale Player gebe. Und da stelle sich durchaus die Frage, „ob unsere Betriebsgrößen noch stimmen“. Uwe Vorkötter, Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“, sieht in der von BDZV und Verband Bayerischer Zeitungsverleger gemeinsam veranstalteten Runde unter dem Motto „Ideen, Innovationen, Investitionen“ die Situation deutlich weniger harmonisch. Die Zeitungen hätten endlos darüber debattiert, ob im Internet ihre Inhalte und ihre Anzeigenmärkte kannibalisiert würden. „Jetzt ist es zehn Jahre später, wir stehen im Grunde immer noch am Anfang und fragen: Was sollen wir tun?“

Christoph Keese, Chefredakteur von „Welt am Sonntag“ (Berlin) und Welt online, hält Online für ein typisches „Büro-Medium“ mit der stärksten Nutzungszeit mittags. Ausgerechnet für diese Zeit machten aber die auf den späten Redaktionsschluss fixierten klassischen Zeitungen (und ihre Online-Dienste) keine Angebote. Ziel sei es, dass die Zeitung etwas anbietet, „ohne dass der Redakteur doppelt so viel schreiben muss bei schlimmstenfalls halber Qualität“. Bei der Verknüpfung von Angebot und Nachfrage behilflich sein will Terry von Bibra, Geschäftsführer von Yahoo! Deutschland und Vice President Yahoo! International. „Wir sehen uns als Partner der Verlage, nicht als Konkurrenten.“ Kerngeschäft eines Verlags sei es, Inhalte zu schaffen, egal auf welchem

Distributionsweg. „Aber im Internet könnten wir mit unserer Expertise behilflich sein und unsere Assets zum gegenseitigen Nutzen vermischen.“

Zuvor hat der erste Vorsitzende des Verbands Bayerischer Zeitungsverleger und Geschäftsführer der „Augsburger Allgemeinen“, Andreas Scherer, an die Politik appelliert, alles zu unterlassen, was der Entwicklung der Presse schade, und alles zu fördern, was dem Erhalt der Qualität eines vielfältigen redaktionellen Angebots zuträglich sei. Scherer forderte, den Zugang zu Rundfunk und Fernsehen zu erleichtern, denn eine Reglementierung, bei der Zeitungsverlage wegen der Gefahr von Doppelmonopolen und Knappheit der Frequenzen nur eingeschränkt im Rundfunkbereich tätig sein dürften, sei nicht mehr zeitgemäß. Staatsminister Eberhard Sinner, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, verspricht in seiner Begrüßungsrede: „Wir wollen Wettbewerbsgleichheit schaffen, damit sich Zeitungsverlage zu multimedialen Verlagshäusern entwickeln und crossmedial tätig werden können.“ Diese Vorgabe werde auch in die Novellierung des Bayerischen Mediengesetzes einfließen.

Im Zeitalter des Mitmach-Webs schätzen Nutzer vor allem eines: Qualitätsjournalismus. Darin sind sich die Teilnehmer am ebenfalls von BDZV und VBZV veranstalteten Zeitungspanel „Community auf allen Kanälen – Was wollen die Nutzer von den Verlagen?“ völlig einig. Mit Best-Practice-Beispielen kommen zu Wort: Peter Stefan Herbst, Chefredakteur der „Saarbrücker Zeitung“; Annik Rubens, Journalistin und Erfinderin des preisgekrönten Podcasts „Schlaflos in München“; Jochen Wegner, Chefredakteur von focus.de; Frank Thomsen, Chefredakteur von stern.de; sowie Eugen A. Russ, Verleger der „Vorarlberger Nachrichten“ in Schwarzach (Österreich).

## 12. November

### ABZV mit neuem Vorstand

Die Akademie Berufliche Bildung der deutschen Zeitungsverlage (ABZV) hat einen neuen Vorstand: Vorsitzender ist Dietmar Wolff, Hauptgeschäftsführer des BDZV. Stellvertretender Vorsitzender ist Udo Becker, Geschäftsführer des Zeitungsverleger Verbands Nordrhein-Westfalen. Ferner gehört dem

Vorstand Dirk Glock, Geschäftsführer des Verbands Hessischer Zeitungsverleger, an. Wolff und Glock folgen Volker Schulze, langjähriger BDZV-Hauptgeschäftsführer und Gründer der ABZV, und Gebhard Ohnesorge, langjähriger VHZV-Geschäftsführer nach, die nicht mehr kandidierten.

## 14. November

### Herber Schlag gegen die Pressefreiheit

Der BDZV kritisiert die Bundestagsentscheidung zur Kommunikationsüberwachung und Vorratsdatenspeicherung in Berlin scharf. Der Schutz der Pressefreiheit bleibe auf der Strecke, denn anders als Parlamentsabgeordnete und Strafverteidiger, die von der Telekommunikationsüberwachung ausgenommen werden, soll bei Journalisten nur im Einzelfall eine Verhältnismäßigkeitsprüfung

erfolgen. Mit dem jetzt verabschiedeten Gesetz werde das Berufsgeheimnis aufgebrochen und der Informantenschutz ausgehebelt, betont der BDZV. Jeder seriöse und investigative Journalismus im Kern getroffen. „Dieses Gesetz kann vor der Verfassung keinen Bestand haben“, entsprechende Verfassungsbeschwerden seien bereits angekündigt.

## 6. Dezember

### Trauer um Rainer von Schilling

Rainer Freiherr Schilling von Canstatt, Mitgesellschafter der Dr. Haas Medienholding und langjähriger Herausgeber des „Mannheimer Morgens“, stirbt in seinem 73. Lebensjahr in Mannheim. Der in Witten geborene von Schilling hatte 1965 seine Laufbahn beim „Mannheimer Morgen“ begonnen und war von 1976 bis 2004 Herausgeber der Zeitung. Über die Tätigkeit für das eigene Unternehmen hinaus engagierte er sich in vielfäl-

tiger Weise für die gemeinsamen Interessen der Zeitungsbranche und machte sich insbesondere mit seinem Engagement für die Pressefreiheit auch international einen Namen. Viele Jahre stand von Schilling an der Spitze der von BDZV und Verband Deutscher Zeitschriftenverleger getragenen Stiftervereinigung der Deutschen Presse und trat auch mit diesem Gremium vehement für die Pressefreiheit ein.

## 7. Dezember

### Presseausweis bleibt Qualitätsnachweis

Mit Bedauern reagieren BDZV, Deutscher Journalisten-Verband, Verband Deutscher Zeitschriftenverleger, dju in ver.di, Freelens und Verband Deutscher Sportjournalisten auf den Beschluss der Innenministerkonferenz, wonach der bundeseinheitliche Presseausweis ab 2009 auf der Rückseite nicht mehr den „Vorsitzenden der

Innenministerkonferenz“ als Absender aufführen darf. Zugleich kündigen die ausstellenden Verbände an, dass der Presseausweis als qualifiziertes Arbeitsmittel der Journalisten in der gewohnten Qualität erhalten werde. Auch weiterhin werde der Ausweis nur an hauptberuflich tätige Journalisten ausgegeben.